

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

(Max Horkheimer)

„Ihr könnt keinen Kapitalismus haben ohne Rassismus.“

(Malcolm X)

Neofaschisten und bürgerlich ge- wandete Rechte bekämpfen!

Zuerst mit dem von Spitzeln und mit Staatsmitteln unterstützten Terror des NSU und jetzt mit Pegida & Co. erreichen Neofaschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit neue Höhepunkte. Dieser konkreten Gefahr ist mit einer Aktionseinheit aller wahrhaft demokratischen Kräfte entgegenzutreten.

Demokratische Rechte verteidigen!

Die Herrschenden konzentrieren sich darauf, den „starken Staat“ zu fördern. Angesichts der verschärften Angriffe auf unsere demokratischen Rechte ist eine entschlossene Gegenwehr erforderlich. Ein uneingeschränktes Demonstrations- und Streikrecht ist hierfür unabdingbar. Der fortgesetzte Ausbau der Überwachung unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ muss gestoppt werden, ebenso wie Gedankenspiele der Herrschenden zu Militäreinsätzen im Inland.

Eine Gesellschaftsordnung, deren oberstes Gesetz der Konkurrenzkampf um immer mehr Reichtum und Macht für wenige Herrschende ist, kann keine menschliche Solidarität entfalten. Passivität und Gleichgültigkeit werden gefördert. Die Folge ist der Kampf aller gegen alle. Die nationalistischen und völkischen Gruppen versuchen dies für sich zu nutzen. Den eigentlichen Grund dieser Entsolidarisierung, nämlich das kapitalistische System in seiner neoliberalen Form, werden sie niemals bekämpfen.

Im Gegenteil, sie bedienen sich dieses Systems für ihre Zwecke. Um die Menschen zu betören, gebrauchen sie andere Sündenböcke, nämlich „die Fremden“, „die Muslime“, so wie vormals „die Juden“. Die Nutznießer dieser Ideologie sind die Herrschenden, denn zusammen mit Passivität und Vereinzelung wird so kollektiver Widerstand gegen deren Dogmen und Praktiken verhindert.

Nein zu Ausgrenzung und Rassismus!

Nein zur Verschärfung von Einwanderungsgesetzen und den sich daraus ergebenden teils dramatischen Folgen der Einschränkungen von Freiheiten und Unterdrückung des sozialen Lebens für Geflüchtete. Aber auch dem vielleicht Einzigen, was diese Menschen überhaupt noch außer ihrem Leben retten konnten, ihrer Kultur.

Diese Gesetzte stellen also fast zwangsweise die Weichen in eine - durch eben diese Gesetzte erst künstlich geschaffene - Illegalität.

Auch dies ist kapitalistische Logik, denn die Menschen werden dadurch leichter angreif- und damit für die modernen Sklavenhalter ausbeutbar.

Die Lösung liegt in der Gleichheit der Rechte: Recht auf Bestimmung des Aufenthalts- und Wohnortes, Legalisierung der sog. „Illegalen“ und ein neues Staatsbürgerrecht, das nicht an die Nationalität gekoppelt ist, sondern das aktive und passive Wahlrecht allen EinwohnerInnen bei allen Wahlen zubilligt.

Deshalb: Für die volle politische, soziale und rechtliche Gleichstellung aller Menschen!

Was tun?

Wir sind der Meinung, dass Faschismus, Islamismus und Rassismus nicht per Dekret aus der Welt zu schaffen sind. Wir vertrauen keinem Staatsapparat, dessen Polizeispitzel in den faschistischen Organisationen verankert sind und der die Totalüberwachung vorantreibt.

Wir setzen auf die gemeinsame Kraft von AntifaschistInnen und AntirassistInnen. Wir setzen auf eine breite außerparlamentarische und internationalistische Bewegung für die konsequente Verteidigung der Menschenwürde und der Menschenrechte. In Oberhausen, Essen, Duisburg und überall.

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Kontakt:
Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale
(RSB) Oberhausen
Postfach 1 001 25
46001 Oberhausen

Email: info@rsb4-oberhausen.de
Netz: www.rsb4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: RSB / IV. Internationale, Postfach 1 001 25, 46001 Oberhausen

